

Geszentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu den Protokollen vom 16. November 1982
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964
und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964
(Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen)

A. Zielsetzung

Durch das Gesetzesvorhaben soll im Geltungsbereich des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens eine international harmonisierte Verbesserung des haftungsrechtlichen Schutzes geschaffen werden.

B. Lösung

Die Zielsetzung soll erreicht werden durch Ratifizierung des

- Protokolls vom 16. November 1982 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und
- des Protokolls vom 16. November 1982 zur Änderung des (Brüsseler) Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964.

Fristablauf: 26. 10. 84

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Durch die Ratifizierung des Protokolls zum Brüsseler Zusatzübereinkommen werden die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen dieses Übereinkommens um den Faktor 2,5 erhöht. Damit wird die Höchstsumme, die von den Vertragsstaaten gemeinsam zu erbringen ist, auf 300 Millionen Sonderziehungsrechte angehoben.

Dem daraus resultierenden höheren internationalen Engagement für den Fall eines Schadensereignisses in einem anderen Vertragsstaat steht eine entsprechend höhere Verpflichtung der Vertragsstaaten des Brüsseler Zusatzübereinkommens im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland gegenüber.

14. 09. 84

In - Fz - R - Wi

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu den Protokollen vom 16. November 1982
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964
und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964
(Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen)**

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

14 (33) - 272 01 - At 7/84

Bonn, den 14. September 1984

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

**Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 16. November 1982
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haf-
tung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung
des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und zur Änderung des
Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Überein-
kommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem
Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom
28. Januar 1964
(Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen)**

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut der Protokolle sowie die Denkschriften zu den Protokollen zum Pariser Übereinkommen und zum Brüsseler Zusatzübereinkommen sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Kohl

Fristablauf: 26. 10. 84

**Entwurf eines Gesetzes
zu den Protokollen vom 16. November 1982
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964
und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964
(Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden Protokollen wird zugestimmt:

1. Dem in Paris am 16. November 1982 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310, 311)
– Protokoll zum Pariser Übereinkommen.
 2. Dem in Paris am 16. November 1982 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (BGBl. 1976 II S. 310, 318)
– Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen.
- Die Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Protokoll zum Pariser Übereinkommen nach seinem Abschnitt II Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 20 des Pariser Übereinkommens, das Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen nach seinem Abschnitt II Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 21 des Brüsseler Zusatzübereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(3) Der Bundesminister des Innern kann das Pariser Übereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls und das Brüsseler Zusatzübereinkommen in der Fassung des Zusatzprotokolls jeweils in der Neufassung dieser Protokolle im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Begründung zum Vertragsgesetz

A. Allgemeines

1. Der Entwurf enthält die nach dem Grundgesetz erforderliche Zustimmung des Gesetzgebers zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen vom 16. November 1982.

Diese Protokolle novellieren das Pariser Übereinkommen sowie das Brüsseler Zusatzübereinkommen.

Das Pariser Übereinkommen, mit dem eine gemeinsame, multilaterale Grundlage des Nuklearhaftungsrechts geschaffen wurde, ist für die Bundesrepublik Deutschland am 30. September 1975 in Kraft getreten. Es findet zudem in den Staaten Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Türkei und Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland Anwendung.

Ergänzt wird das Pariser Übereinkommen durch das Brüsseler Zusatzübereinkommen, das für seine Mitgliedstaaten ein gemeinsames System internationaler Solidarität errichtet, um damit im Falle eines Schadens die Verfügbarkeit bestimmter Entschädigungssummen zu gewährleisten. Dieses, in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1976 geltende Zusatzübereinkommen ist außerdem für die Staaten Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien und Vereinigtes Königreich in Kraft getreten.

Die Novellierung durch die Atomhaftungs-Protokolle vom 16. November 1982 sichert die künftige Funktionsfähigkeit des Pariser Übereinkommens und des Brüsseler Zusatzübereinkommens. Die wesentlichsten Änderungen sind:

Die bisher bei den Haftungssummen verwendete, in einer bestimmten Goldmenge ausgedrückte Rech-

nungseinheit des Europäischen Währungsabkommens wird auf das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds als neuer Rechnungseinheit umgestellt. Damit wird die Konsequenz daraus gezogen, daß das System fester Währungsparitäten zum Gold außer Kraft getreten ist. Im Brüsseler Zusatzübereinkommen werden die Höchstsummen staatlicher Ersatzleistung unter Umstellung auf das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds um den Faktor 2,5 erhöht. Dies bedeutet – angesichts relativ niedriger Haftungshöchstgrenzen in einigen Vertragsstaaten – eine wesentliche Verbesserung des Nuklearhaftungsniveaus auf internationaler Ebene.

2. Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzesentwurfs

Nach dem neugefaßten Artikel 3 des Brüsseler Zusatzübereinkommens verpflichten sich die Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, daß Entschädigung bis zu einem Betrag von 300 Millionen Sonderziehungsrechten je Schadensereignis geleistet wird. Dabei wird die Höchstsumme der Ersatzleistung durch den Staat, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, auf 175 Millionen Sonderziehungsrechte angehoben; der Entschädigungsbetrag, der von den Vertragsparteien nach dem Aufbringungsschlüssel des Artikels 12 von den Vertragsstaaten gemeinsam zu erbringen ist, wird von bisher 120 Millionen Rechnungseinheiten auf 300 Millionen Sonderziehungsrechte angehoben. Diese anteiligen Verpflichtungen und Berechtigungen der Bundesrepublik Deutschland bestehen bei Schadensereignissen im Inland und in anderen Vertragsstaaten.

Art und Umfang der vom Inhaber einer Kernanlage nachzuweisenden Deckungsvorsorge bleiben von

dem Gesetzesvorhaben unberührt; Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau sind demnach auszuschließen.

B. Zu den einzelnen Artikeln

Zu Artikel 1

Auf die Protokolle findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Die Protokolle sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll zum Pariser Übereinkommen nach seinem Abschnitt II Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 20 Pariser Übereinkommen und das Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen nach seinem Abschnitt II Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 21 des Brüsseler Zusatzübereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Absatz 3 enthält eine Ermächtigung für den Bundesminister des Innern zur Bekanntmachung des Pariser Übereinkommens in der Fassung des Zusatzprotokolls und des Brüsseler Zusatzübereinkommens in der Fassung des Zusatzprotokolls jeweils in der Neufassung dieser Protokolle, um die Lesbarkeit der Übereinkommen zu erleichtern.

Protokoll
zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964

Protocol
to amend the Convention on Third Party Liability
in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960,
as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964

Protocole
portant modification de la Convention du 29 juillet 1960
sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Energie Nucléaire,
amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Spanien, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Republik Griechenland, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Türkei –

The Governments of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the Kingdom of Spain, the Republic of Finland, the French Republic, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the Portuguese Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation and the Turkish Republic;

Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume de l'Espagne, de la République de Finlande, de la République Française, de la République Hellénique, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, de la République Portugaise, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède, de la Confédération Suisse et de la République Turque;

In der Erwägung, daß es wünschenswert ist, das im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, am 29. Juli 1960 in Paris geschlossene Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des am 28. Januar 1964 in Paris unterzeichneten Zusatzprotokolls zu ändern –

Considering that it is desirable to amend the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded at Paris on 29th July 1960 within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development, as amended by the Additional Protocol signed at Paris on 28th January 1964;

considérant qu'il est souhaitable de modifier la Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Energie Nucléaire, conclue à Paris le 29 juillet 1960 dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Economique, devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques, amendée par le Protocole Additionnel signé à Paris le 28 janvier 1964;

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

sont convenus de ce qui suit:

Das Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 wird wie folgt geändert:

The Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964, shall be amended as follows:

La Convention sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Energie Nucléaire du 29 juillet 1960, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964, est modifiée comme suit:

A. Absatz 2 der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

A. The second paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

A. Le deuxième paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant:

In der Erwägung, daß die OECD-Kernenergie-Agentur, die im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusam-

Considering that the OECD Nuclear Energy Agency, established within the framework of the Organisation for Eco-

Considérant que l'Agence de l'OCDE pour l'Energie Nucléaire, créée dans le cadre de l'Organisation de Coopération

menarbeit und Entwicklung (im folgenden „Organisation“ genannt) errichtet worden ist, damit betraut ist, die Ausarbeitung und gegenseitige Abstimmung von Rechtsvorschriften in den Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Kernenergie, insbesondere im Hinblick auf die Haftpflicht und die Versicherung gegen nukleare Risiken, zu fördern;

B. Der letzte Absatz der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

In der Überzeugung, daß es notwendig ist, die in den verschiedenen Staaten geltenden Grundsätze für die Haftung für solche Schäden zu vereinheitlichen, gleichzeitig aber diesen Staaten die Möglichkeit zu belassen, auf nationaler Ebene die von ihnen für angemessen erachteten zusätzlichen Maßnahmen zu ergreifen;

C. Artikel 1 Absatz (a) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(a) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeuten

- (i) „nukleares Ereignis“ jedes einen Schaden verursachende Geschehnis oder jede Reihe solcher aufeinanderfolgender Geschehnisse desselben Ursprungs, sofern das Geschehnis oder die Reihe von Geschehnissen oder der Schaden von den radioaktiven Eigenschaften oder einer Verbindung der radioaktiven Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen oder von den von einer anderen Strahlenquelle innerhalb einer Kernanlage ausgehenden ionisierenden Strahlungen herrührt oder sich daraus ergibt;
- (ii) „Kernanlage“ Reaktoren, ausgenommen solche, die Teil eines Beförderungsmittels sind; Fabriken für die Erzeugung oder Bearbeitung von Kernmaterialien; Fabriken zur Trennung der Isotope von Kernbrennstoffen; Fabriken für die Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe; Einrichtungen für die Lagerung von Kernmaterialien, ausgenommen die Lagerung solcher Materialien während der Beförderung, sowie sonstige Anlagen, in denen sich Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle befinden und die vom Direktionsausschuß für Kernenergie der Organisation (im folgenden „Direktionsausschuß“ genannt) jeweils bestimmt werden; jede Vertragspartei kann bestimmen, daß zwei oder mehr Kernanlagen eines einzigen Inhabers, die sich auf demselben Gelände befinden, zusammen mit anderen Anlagen auf diesem Gelände, in denen sich radioaktive Materialien befinden, als eine einzige Kernanlage behandelt werden;

nomic Co-operation and Development (hereinafter referred to as the "Organisation"), is charged with encouraging the elaboration and harmonization of legislation relating to nuclear energy in participating countries, in particular with regard to third party liability and insurance against atomic risks;

B. The last paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

Convinced of the need for unifying the basic rules applying in the various countries to the liability incurred for such damage, whilst leaving these countries free to take, on a national basis, any additional measures which they deem appropriate;

C. Paragraph (a) of Article 1 shall be replaced by the following text:

(a) For the purposes of this Convention:

- (i) "A nuclear incident" means any occurrence or succession of occurrences having the same origin which causes damage, provided that such occurrence or succession of occurrences, or any of the damage caused, arises out of or results either from the radioactive properties, or a combination of radioactive properties with toxic, explosive, or other hazardous properties of nuclear fuel or radioactive products or waste or with any of them, or from ionizing radiations emitted by any other source of radiation inside a nuclear installation.
- (ii) "Nuclear installation" means reactors other than those comprised in any means of transport; factories for the manufacture or processing of nuclear substances; factories for the separation of isotopes of nuclear fuel; factories for the reprocessing of irradiated nuclear fuel; facilities for the storage of nuclear substances other than storage incidental to the carriage of such substances; and such other installations in which there are nuclear fuel or radioactive products or waste as the Steering Committee for Nuclear Energy of the Organisation (hereinafter referred to as the "Steering Committee") shall from time to time determine; any Contracting Party may determine that two or more nuclear installations of one operator which are located on the same site shall, together with any other premises on that site where radioactive material is held, be treated as a single nuclear installation.

et de Développement Economiques (appelée ci-après l'«Organisation»), est chargée de promouvoir l'élaboration et l'harmonisation des législations intéressant l'énergie nucléaire dans les pays participants, en ce qui concerne notamment le régime de la responsabilité civile et de l'assurance des risques atomiques;

B. Le dernier paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant:

Convaincus de la nécessité d'unifier les règles fondamentales applicables dans les différents pays à la responsabilité découlant de ces dommages, tout en laissant à ces pays la possibilité de prendre, sur le plan national, les mesures complémentaires qu'ils estimeraient nécessaires;

C. Le paragraphe (a) de l'article 1 est remplacé par le texte suivant:

a) Au sens de la présente Convention:

- i) «Un accident nucléaire» signifie tout fait ou succession de faits de même origine ayant causé des dommages, dès lors que ce fait ou ces faits ou certains des dommages causés proviennent ou résultent soit des propriétés radioactives, ou à la fois des propriétés radioactives et des propriétés toxiques, explosives ou autres propriétés dangereuses des combustibles nucléaires ou produits ou déchets radioactifs, soit de rayonnements ionisants émis par une autre source quelconque de rayonnements se trouvant dans une installation nucléaire.
- ii) «Installation nucléaire» signifie les réacteurs à l'exception de ceux qui font partie d'un moyen de transport; les usines de préparation ou de fabrication de substances nucléaires; les usines de séparation des isotopes de combustibles nucléaires; les usines de traitement de combustibles nucléaires irradiés; les installations de stockage de substances nucléaires à l'exclusion du stockage de ces substances en cours de transport, ainsi que toute autre installation dans laquelle des combustibles nucléaires ou des produits ou des déchets radioactifs sont détenus et qui serait désignée par le Comité de Direction de l'Energie Nucléaire de l'Organisation (appelé ci-après le «Comité de Direction»); toute Partie Contractante peut décider que seront considérées comme une installation nucléaire unique, plusieurs installations nucléaires ayant le même exploitant et se trouvant sur le même site, ainsi que toute autre installation sur ce site où sont détenues des matières radioactives.

- (iii) „Kernbrennstoffe“ spaltbare Materialien in Form von Uran als Metall, Legierung oder chemischer Verbindung (einschließlich natürlichen Urans), Plutonium als Metall, Legierung oder chemischer Verbindung sowie sonstiges vom Direktionsausschuß jeweils bestimmtes spaltbares Material;
- (iv) „radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle“ radioaktive Materialien, die dadurch hergestellt oder radioaktiv gemacht werden, daß sie einer mit dem Vorgang der Herstellung oder Verwendung von Kernbrennstoffen verbundenen Bestrahlung ausgesetzt werden, ausgenommen (1) Kernbrennstoffe und (2) Radioisotope außerhalb einer Kernanlage, die das Endstadium der Herstellung erreicht haben, so daß sie für industrielle, kommerzielle, landwirtschaftliche, medizinische, wissenschaftliche Zwecke oder zum Zweck der Ausbildung verwendet werden können;
- (v) „Kernmaterialien“ Kernbrennstoffe (ausgenommen natürliches und abgereichertes Uran) sowie radioaktive Erzeugnisse und Abfälle;
- (vi) „Inhaber einer Kernanlage“ derjenige, der von der zuständigen Behörde als Inhaber einer solchen bezeichnet oder angesehen wird.
- D. Artikel 3 Absatz (a) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:
- (a) Der Inhaber einer Kernanlage haftet gemäß diesem Übereinkommen für
- (i) Schaden an Leben oder Gesundheit von Menschen und
- (ii) Schaden an oder Verlust von Vermögenswerten, ausgenommen
1. die Kernanlage selbst und andere Kernanlagen, einschließlich einer Kernanlage während der Errichtung, auf dem Gelände, auf dem sich die Anlage befindet, und
 2. jegliche Vermögenswerte auf demselben Gelände, die im Zusammenhang mit einer solchen Anlage verwendet werden oder verwendet werden sollen,
- wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden oder Verlust (im folgenden „Schaden“ genannt) durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das in der Kernanlage eingetreten oder auf aus der Kernanlage stammende Kernmaterialien zurückzuführen ist, soweit Artikel 4 nichts anderes bestimmt.
- E. Artikel 3 Absatz (c) wird gestrichen.
- (iii) „Nuclear fuel“ means fissionable material in the form of uranium metal, alloy, or chemical compound (including natural uranium), plutonium metal, alloy, or chemical compound, and such other fissionable material as the Steering Committee shall from time to time determine.
- (iv) „Radioactive products or waste“ means any radioactive material produced in or made radioactive by exposure to the radiation incidental to the process of producing or utilizing nuclear fuel, but does not include (1) nuclear fuel, or (2) radioisotopes outside a nuclear installation which have reached the final stage of fabrication so as to be usable for any industrial, commercial, agricultural, medical, scientific or educational purpose.
- (v) „Nuclear substances“ means nuclear fuel (other than natural uranium and other than depleted uranium) and radioactive products or waste.
- (vi) „Operator“ in relation to a nuclear installation means the person designated or recognised by the competent public authority as the operator of that installation.
- D. Paragraph (a) of Article 3 shall be replaced by the following text:
- (a) The operator of a nuclear installation shall be liable, in accordance with this Convention, for:
- (i) damage to or loss of life of any person; and
- (ii) damage to or loss of any property other than
1. the nuclear installation itself and any other nuclear installation, including a nuclear installation under construction, on the site where that installation is located; and
 2. any property on that same site which is used or to be used in connection with any such installation,
- upon proof that such damage or loss (hereinafter referred to as „damage“) was caused by a nuclear incident in such installation or involving nuclear substances coming from such installation, except as otherwise provided for in Article 4.
- E. Paragraph (c) of Article 3 shall be repealed.
- iii) «Combustibles nucléaires» signifie les matières fissiles comprenant l'uranium sous forme de métal, d'alliage ou de composé chimique (y compris l'uranium naturel), le plutonium sous forme de métal, d'alliage ou de composé chimique et toute autre matière fissile qui serait désignée par le Comité de Direction.
- iv) «Produits ou déchets radioactifs» signifie les matières radioactives produites ou rendues radioactives par exposition aux radiations résultant des opérations de production ou d'utilisation de combustibles nucléaires, à l'exclusion, d'une part, des combustibles nucléaires et, d'autre part, lorsqu'ils se trouvent en dehors d'une installation nucléaire, des radioisotopes parvenus au dernier stade de fabrication qui sont susceptibles d'être utilisés à des fins industrielles, commerciales, agricoles, médicales, scientifiques ou d'enseignement.
- v) «Substances nucléaires» signifie les combustibles nucléaires (à l'exclusion de l'uranium naturel et de l'uranium appauvri) et les produits ou déchets radioactifs.
- vi) «Exploitant» d'une installation nucléaire signifie la personne désignée ou reconnue par l'autorité publique compétente comme l'exploitant de cette installation nucléaire.
- D. Le paragraphe (a) de l'article 3 est remplacé par le texte suivant:
- a) L'exploitant d'une installation nucléaire est responsable conformément à la présente Convention:
- i) de tout dommage aux personnes; et
- ii) de tout dommage aux biens, à l'exclusion
1. de l'installation nucléaire elle-même et des autres installations nucléaires, même en cours de construction, qui se trouvent sur le site où est implantée cette installation;
 2. des biens qui se trouvent sur ce même site et qui sont ou doivent être utilisés en rapport avec l'une ou l'autre de ces installations,
- s'il est établi que ce dommage (appelé ci-après le «dommage») est causé par un accident nucléaire survenu dans cette installation, ou mettant en jeu des substances nucléaires provenant de cette installation, sous réserve des dispositions de l'article 4.
- E. Le paragraphe (c) de l'article 3 est abrogé.

F. Artikel 4 Absatz (c) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(c) Der gemäß diesem Übereinkommen haftende Inhaber einer Kernanlage hat den Beförderer mit einer Bescheinigung zu versehen, die vom Versicherer oder von demjenigen, der eine sonstige finanzielle Sicherheit gemäß Artikel 10 erbracht hat, oder für ihn ausgestellt ist. Jedoch kann eine Vertragspartei diese Verpflichtung in Bezug auf eine Beförderung ausschließen, die ganz in ihrem eigenen Hoheitsgebiet stattfindet. Die Bescheinigung muß Namen und Anschrift dieses Inhabers sowie den Betrag, die Art und die Dauer der Sicherheit enthalten. Diese Angaben können von demjenigen, von dem oder für den die Bescheinigung ausgestellt worden ist, nicht bestritten werden. In der Bescheinigung sind überdies die Kernmaterialien und der Beförderungsweg zu bezeichnen, auf die sich die Sicherheit bezieht; sie muß ferner eine Erklärung der zuständigen Behörde enthalten, daß der bezeichnete Inhaber einer Kernanlage ein solcher im Sinne dieses Übereinkommens ist.

G. Artikel 5 Absatz (c) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(c) Haben sich mit einem nuklearen Ereignis im Zusammenhang stehende Kernbrennstoffe oder radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle in mehr als einer Kernanlage befunden und befinden sie sich zur Zeit der Schadensverursachung nicht in einer Kernanlage, so haftet für den Schaden nur der Inhaber derjenigen Kernanlage, in der sie sich zuletzt befunden haben, bevor der Schaden verursacht wurde, oder ein Inhaber, der sie in der Folgezeit übernommen oder die Haftung dafür nach den ausdrücklichen Bestimmungen eines schriftlichen Vertrags übernommen hat.

H. Artikel 6 Absatz (c) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(c) (i) Nicht berührt durch dieses Übereinkommen wird die Haftung

1. einer natürlichen Person, die durch eine in Schädigungsabsicht begangene Handlung oder Unterlassung einen durch ein nukleares Ereignis entstandenen Schaden verursacht hat, für den der Inhaber einer Kernanlage gemäß Artikel 3 (a) (ii) (1) und (2) oder Artikel 9 nicht nach diesem Übereinkommen haftet;

2. eines zum Betrieb eines Reaktors, der Teil eines Beförderungsmittels ist, ordnungsgemäß Befugten

F. Paragraph (c) of Article 4 shall be replaced by the following text:

(c) The operator liable in accordance with this Convention shall provide the carrier with a certificate issued by or on behalf of the insurer or other financial guarantor furnishing the security required pursuant to Article 10. However, a Contracting Party may exclude this obligation in relation to carriage which takes place wholly within its own territory. The certificate shall state the name and address of that operator and the amount, type and duration of the security, and these statements may not be disputed by the person by whom or on whose behalf the certificate was issued. The certificate shall also indicate the nuclear substances and the carriage in respect of which the security applies and shall include a statement by the competent public authority that the person named is an operator within the meaning of this Convention.

G. Paragraph (c) of Article 5 shall be replaced by the following text:

(c) If the nuclear fuel or radioactive products or waste involved in a nuclear incident have been in more than one nuclear installation and are not in a nuclear installation at the time damage is caused, no operator other than the operator of the last nuclear installation in which they were before the damage was caused or an operator who has subsequently taken them in charge, or has assumed liability therefor pursuant to the express terms of a contract in writing shall be liable for the damage.

H. Paragraph (c) of Article 6 shall be replaced by the following text:

(c) (i) Nothing in this Convention shall affect the liability:

1. of any individual for damage caused by a nuclear incident for which the operator, by virtue of Article 3 (a) (ii) (1) and (2) or Article 9, is not liable under this Convention and which results from an act or omission of that individual done with intent to cause damage;

2. of a person duly authorized to operate a reactor comprised in a means of transport for damage caused by a

F. Le paragraphe (c) de l'article 4 est remplacé par le texte suivant:

c) L'exploitant responsable conformément à la présente Convention doit remettre au transporteur un certificat délivré par ou pour le compte de l'assureur ou de toute autre personne ayant accordé une garantie financière conformément à l'article 10. Toutefois, une Partie Contractante peut écarter cette obligation pour les transports se déroulant exclusivement à l'intérieur de son territoire. Le certificat doit énoncer le nom et l'adresse de cet exploitant ainsi que le montant, le type et la durée de la garantie. Les faits énoncés dans le certificat ne peuvent être contestés par la personne par laquelle ou pour le compte de laquelle il a été délivré. Le certificat doit également désigner les substances nucléaires et l'itinéraire couverts par la garantie et comporter une déclaration de l'autorité publique compétente que la personne visée est un exploitant au sens de la présente Convention.

G. Le paragraphe (c) de l'article 5 est remplacé par le texte suivant:

c) Si les combustibles nucléaires, produits ou déchets radioactifs mis en jeu dans un accident nucléaire ont été détenus dans plusieurs installations nucléaires et ne sont pas détenus dans une installation nucléaire au moment où le dommage est causé, aucun exploitant autre que l'exploitant de la dernière installation nucléaire dans laquelle ils ont été détenus avant que le dommage ait été causé, ou que l'exploitant qui les a pris en charge ultérieurement ou en a assumé la responsabilité aux termes d'un contrat écrit, n'est responsable du dommage.

H. Le paragraphe (c) de l'article 6 est remplacé par le texte suivant:

c) 1) Aucune disposition de la présente Convention n'affecte la responsabilité:

1. de toute personne physique qui, par un acte ou une omission procédant de l'intention de causer un dommage, a causé un dommage résultant d'un accident nucléaire dont l'exploitant, conformément à l'article 3 (a) (ii) (1) et (2) ou à l'article 9, n'est pas responsable en vertu de la présente Convention;

2. de la personne dûment autorisée à exploiter un réacteur faisant partie d'un moyen de transport pour un dommage

für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, sofern nicht ein Inhaber einer Kernanlage für diesen Schaden gemäß Artikel 4 (a) (iii) oder (b) (iii) haftet.

nuclear incident when an operator is not liable for such damage pursuant to Article 4 (a) (iii) or (b) (iii).

causé par un accident nucléaire, lorsqu'un exploitant n'est pas responsable de ce dommage en vertu de l'article 4 (a) (iii) ou (b) (iii).

- (ii) Außerhalb dieses Übereinkommens haftet der Inhaber einer Kernanlage nicht für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden.

- (ii) The operator shall incur no liability outside this Convention for damage caused by a nuclear incident.

- ii) L'exploitant ne peut être rendu responsable, en dehors de la présente Convention, d'un dommage causé par un accident nucléaire.

I. Artikel 7 Absatz (b) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(b) Der Höchstbetrag der Haftung des Inhabers einer Kernanlage für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden beträgt 15 000 000 Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds, wie er sie für seine eigenen Operationen und Transaktionen verwendet (im folgenden „Sonderziehungsrechte“ genannt). Jedoch kann

- (i) jede Vertragspartei unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, die dem Inhaber einer Kernanlage zur Erlangung der gemäß Artikel 10 erforderlichen Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit zur Verfügung stehen, durch ihre Gesetzgebung einen höheren oder niedrigeren Betrag festsetzen;

- (ii) jede Vertragspartei unter Berücksichtigung der Art der betreffenden Kernanlage oder der betreffenden Kernmaterialien sowie der wahrscheinlichen Folgen eines sich daraus ergebenden Ereignisses einen niedrigeren Betrag festsetzen;

auf keinen Fall darf jedoch ein solcher Betrag weniger als 5 000 000 Sonderziehungsrechte betragen. Die genannten Beträge können in runden Zahlen in die nationalen Währungen umgerechnet werden.

I. Paragraph (b) of Article 7 shall be replaced by the following text:

(b) The maximum liability of the operator in respect of damage caused by a nuclear incident shall be 15,000,000 Special Drawing Rights as defined by the International Monetary Fund and used by it for its own operations and transactions (hereinafter referred to as "Special Drawing Rights"). However,

- (i) any Contracting Party, taking into account the possibilities for the operator of obtaining the insurance or other financial security required pursuant to Article 10, may establish by legislation a greater or lesser amount;

- (ii) any Contracting Party, having regard to the nature of the nuclear installation or the nuclear substances involved and to the likely consequences of an incident originating therefrom, may establish a lower amount,

provided that in no event shall any amounts so established be less than 5,000,000 Special Drawing Rights. The sums mentioned above may be converted into national currency in round figures.

I. Le paragraphe (b) de l'article 7 est remplacé par le texte suivant:

b) Le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant pour les dommages causés par un accident nucléaire est fixé à 15.000.000 de droits de tirage spéciaux tels qu'ils sont définis par le Fonds Monétaire International et utilisés par lui pour ses propres opérations et transactions (appelés ci-après «droits de tirage spéciaux»). Cependant,

- i) un autre montant plus ou moins élevé peut être fixé par la législation d'une Partie Contractante, compte tenu de la possibilité pour l'exploitant d'obtenir l'assurance ou une autre garantie financière requise à l'article 10;

- ii) une Partie Contractante peut d'autre part fixer, eu égard à la nature de l'installation nucléaire ou des substances nucléaires en cause et aux conséquences prévisibles d'un accident les mettant en jeu, un montant moins élevé,

sans toutefois que les montants ainsi fixés puissent être inférieurs à 5.000.000 de droits de tirage spéciaux. Les montants prévus au présent paragraphe peuvent être convertis en monnaie nationale en chiffres ronds.

J. Artikel 7 Absatz (c) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(c) Die Entschädigung für Schäden an den Beförderungsmitteln, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befanden, darf nicht bewirken, daß die Haftung des Inhabers einer Kernanlage für andere Schäden auf einen Betrag vermindert wird, der unter 5 000 000 Sonderziehungsrechten oder unter einem durch die Gesetzgebung einer Vertragspartei festgesetzten höheren Betrag liegt.

J. Paragraph (c) of Article 7 shall be replaced by the following text:

(c) Compensation for damage caused to the means of transport on which the nuclear substances involved were at the time of the nuclear incident shall not have the effect of reducing the liability of the operator in respect of other damage to an amount less than either 5,000,000 Special Drawing Rights, or any higher amount established by the legislation of a Contracting Party.

J. Le paragraphe (c) de l'article 7 est remplacé par le texte suivant:

c) La réparation des dommages causés au moyen de transport sur lequel les substances nucléaires en cause se trouvent au moment de l'accident nucléaire ne peut avoir pour effet de réduire la responsabilité de l'exploitant pour les autres dommages à un montant inférieur soit à 5.000.000 de droits de tirage spéciaux, soit au montant plus élevé fixé par la législation d'une Partie Contractante.

K. Artikel 8 Absatz (d) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(d) In den Fällen des Artikels 13 (c) (ii) erlischt der Anspruch auf Entschädigung nicht, wenn binnen der in den Absätzen (a), (b) und (c) vorgesehenen Frist

K. Paragraph (d) of Article 8 shall be replaced by the following text:

(d) Where the provisions of Article 13 (c) (ii) are applicable, the right of compensation shall not, however, be extinguished if, within the time provided for in paragraphs (a), (b) and (c) of this Article,

K. Le paragraphe (d) de l'article 8 est remplacé par le texte suivant:

d) Dans les cas prévus à l'article 13 (c) (ii), il n'y a pas de déchéance de l'action en réparation si, dans les délais prévus aux paragraphes (a), (b) et (c) du présent article,

(i) vor der Entscheidung des in Artikel 17 genannten Gerichtshofs eine Klage bei einem der Gerichte erhoben worden ist, unter denen der Gerichtshof wählen kann; erklärt der Gerichtshof ein anderes Gericht als dasjenige, bei dem diese Klage bereits erhoben worden ist, für zuständig, so kann er eine Frist bestimmen, binnen deren die Klage bei dem für zuständig erklärten Gericht zu erheben ist, oder

(ii) bei einer Vertragspartei der Antrag gestellt worden ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts durch den Gerichtshof gemäß Artikel 13 (c) (ii) einzuleiten, und nach dieser Bestimmung binnen einer vom Gerichtshof festgesetzten Frist Klage erhoben wird.

L Artikel 15 Absatz (b) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(b) Soweit die Zahlung von Schadenersatz aus öffentlichen Mitteln vorgesehen ist und den Betrag von 5 000 000 der in Artikel 7 bezeichneten Sonderziehungsberechtigte übersteigt, können diese Maßnahmen, unabhängig von ihrer Form, unter Bedingungen angewandt werden, die von den Vorschriften dieses Übereinkommens abweichen.

II

(a) Die Bestimmungen dieses Protokolls sind im Verhältnis seiner Vertragsparteien untereinander Bestandteil des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (im folgenden „Übereinkommen“ genannt); das Übereinkommen wird als „Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982“ bezeichnet.

(b) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation oder der Bestätigung. Die Ratifikationsurkunden zu diesem Protokoll werden beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt. Eine etwaige Bestätigung dieses Protokolls wird ihm notifiziert.

(c) Die Unterzeichner dieses Protokolls, die das Übereinkommen bereits ratifiziert haben, verpflichten sich, das Protokoll so bald wie möglich zu ratifizieren oder zu bestätigen. Die anderen Unterzeichner dieses Protokolls verpflichten sich, es gleichzeitig mit der Ratifikation des Übereinkommens zu ratifizieren oder zu bestätigen.

(d) Dieses Protokoll steht nach Artikel 21 des Übereinkommens zum Beitritt offen. Ein Beitritt zum Übereinkommen ist

(i) prior to the determination by the Tribunal referred to in Article 17, an action has been brought before any of the courts from which the Tribunal can choose; if the Tribunal determines that the competent court is a court other than that before which such action has already been brought, it may fix a date by which such action has to be brought before the competent court so determined; or

(ii) a request has been made to a Contracting Party concerned to initiate a determination by the Tribunal of the competent court pursuant to Article 13 (c) (ii) and an action is brought subsequent to such determination within such time as may be fixed by the Tribunal.

L Paragraph (b) of Article 15 shall be replaced by the following text:

(b) In so far as compensation for damage involves public funds and is in excess of the 5,000,000 Special Drawing Rights referred to in Article 7, any such measure in whatever form may be applied under conditions which may derogate from the provisions of this Convention.

II

(a) The provisions of this Protocol shall, as between the Parties thereto, form an integral part of the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964 (hereinafter referred to as the "Convention"), which shall be known as the "Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy of 29th July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964 and by the Protocol of 16th November 1982".

(b) This Protocol shall be ratified or confirmed. Instruments of ratification of this Protocol shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development. Where there is a confirmation of this Protocol, it shall be notified to him.

(c) The Signatories of this Protocol who have already ratified the Convention undertake to ratify or to confirm this Protocol as soon as possible. The other Signatories of this Protocol undertake to ratify it or to confirm it at the same time as they ratify the Convention.

(d) This Protocol shall be open for accession in accordance with the provisions of Article 21 of the Convention.

(i) une action a été intentée, avant que le Tribunal visé à l'article 17 n'ait pris une décision, devant l'un des tribunaux entre lesquels ledit Tribunal peut choisir; si le Tribunal désigne comme tribunal compétent, un autre tribunal que celui devant lequel l'action a déjà été intentée, il peut fixer un délai dans lequel l'action doit être intentée devant le tribunal compétent ainsi désigné;

(ii) une demande a été introduite auprès d'une Partie Contractante Intéressée en vue de la désignation du tribunal compétent par le Tribunal conformément à l'article 13 (c) (ii), à condition qu'une action soit intentée après cette désignation dans le délai qui serait fixé par ledit Tribunal.

L Le paragraphe (b) de l'article 15 est remplacé par le texte suivant:

(b) Pour la part des dommages dont la réparation proviendrait d'une intervention financière mettant en jeu des fonds publics et qui excéderait le montant minimum de 5.000.000 de droits de tirage spéciaux prévu à l'article 7, l'application de ces mesures, quelle que soit leur forme, pourrait être soumise à des conditions particulières dérogeant aux dispositions de la présente Convention.

II

(a) Entre les Parties au présent Protocole, les dispositions dudit Protocole font partie intégrante de la Convention du 29 juillet 1960 sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Energie Nucléaire telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 (appelée ci-après la «Convention») qui sera dénommée «Convention du 29 juillet 1960 sur la Responsabilité Civile dans le Domaine de l'Energie Nucléaire amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982».

(b) Le présent Protocole sera ratifié ou confirmé. Les instruments de ratification du présent Protocole seront déposés auprès du Secrétaire Général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques; le cas échéant, la confirmation du présent Protocole lui sera notifiée.

(c) Les Signataires du présent Protocole qui ont déjà ratifié la Convention, s'engagent à ratifier ou à confirmer aussitôt que possible le présent Protocole. Les autres Signataires du présent Protocole s'engagent à le ratifier ou à le confirmer en même temps qu'ils ratifieront la Convention.

(d) Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion conformément aux dispositions de l'article 21 de la Convention.

nur zulässig, wenn er mit dem Beitritt zu diesem Protokoll verbunden ist.

(e) Dieses Protokoll tritt nach Artikel 20 des Übereinkommens in Kraft.

(f) Der Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigt allen Unterzeichnern und allen beitretenen Regierungen den Eingang jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde und jeder Bestätigung an.

Accessions to the Convention will be accepted only if they are accompanied by accession to this Protocol.

(e) This Protocol shall come into force in accordance with the provisions of Article 20 of the Convention.

(f) The Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification or accession and of the receipt of any confirmation.

Aucune adhésion à la Convention ne sera reçue si elle n'est accompagnée d'une adhésion au présent Protocole.

e) Le présent Protocole entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article 20 de la Convention.

f) Le Secrétaire Général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques donnera communication à tous les Signataires, ainsi qu'aux Gouvernements adhérents, de la réception des instruments de ratification et d'adhésion ainsi que de la notification des confirmations.

Protokoll
zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964

Protocol
to Amend the Convention of 31st January 1963
Supplementary to the Paris Convention of 29th July 1960
on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy,
as Amended by the Additional Protocol of 28th January 1964

Protocole
portant modification de la Convention du 31 janvier 1963
complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960
sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire,
amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Spanien, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft –

The Governments of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the Kingdom of Spain, the Republic of Finland, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation,

Les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume de l'Espagne, de la République de Finlande, de la République Française, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède et de la Confédération Suisse,

In der Erwägung, daß einige Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 durch das am 16. November 1982 in Paris geschlossene Protokoll, dessen Unterzeichner sie sind, geändert wurden;

considering that certain provisions of the Convention of 29th July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964 have been amended by the Protocol concluded at Paris on 16th November 1982 and of which they are Signatories,

considérant que certaines dispositions de la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964, ont été modifiées par le Protocole conclu à Paris, le 16 novembre 1982, dont ils sont Signataires,

In der Erwägung, daß es wünschenswert ist, auch das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 zu ändern –

considering that it is desirable to amend also the Convention of 31st January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29th July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964,

considérant qu'il est souhaitable de modifier également la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

sont convenus de ce qui suit:

Das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 wird wie folgt geändert:

The Convention of 31st January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29th July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964 shall be amended as follows:

La Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964, est modifiée comme suit:

A. Absatz 2 der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Als Vertragsparteien des im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des am 28. Januar 1964 in Paris geschlossenen Zusatzprotokolls und des am 16. November 1982 in Paris geschlossenen Protokolls (im folgenden „Pariser Übereinkommen“ genannt);

A. The second paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

Being Parties to the Convention of 29th July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development, and as amended by the Additional Protocol concluded at Paris, on 28th January 1964 and by the Protocol concluded at Paris on 16th November 1982 (hereinafter referred to as the "Paris Convention");

A. Le deuxième paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant:

Parties à la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, conclue dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Economique devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques et telle qu'elle a été modifiée par le Protocole Additionnel conclu à Paris, le 28 janvier 1964 et par le Protocole conclu à Paris, le 16 novembre 1982 (ci-après dénommée «Convention de Paris»);

B. Artikel 2 Absatz b wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

b) Jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat kann bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens, bei seinem Beitritt zu diesem oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde erklären, daß er natürliche Personen, die im Sinne seiner Gesetzgebung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben, oder bestimmte Gruppen solcher Personen bei der Anwendung des Absatzes a) ii) 3. seinen Staatsangehörigen gleichstellt.

B. Paragraph b) of Article 2 shall be replaced by the following text:

b) Any Signatory or acceding Government may, at the time of signature or accession to this Convention or on the deposit of its instrument of ratification, declare that, for the purposes of the application of paragraph a) ii) 3) of this Article, individuals or certain categories thereof, considered under its law as having their habitual residence in its territory, are assimilated to its own nationals.

B. Le paragraphe b) de l'article 2 est remplacé par le texte suivant:

b) Tout Signataire ou Gouvernement adhérent à la Convention peut, au moment de la signature de la présente Convention ou de son adhésion à celle-ci ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, déclarer qu'il assimile à ses propres ressortissants, aux fins de l'application du paragraphe a) ii) 3) ci-dessus, les personnes physiques qui ont leur résidence habituelle sur son territoire au sens de sa législation, ou certaines catégories d'entre elles.

C. Artikel 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 3

a) Unter den in diesem Übereinkommen festgelegten Bedingungen verpflichten sich die Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, daß Entschädigung für die in Artikel 2 genannten Schäden bis zu einem Betrag von 300 Millionen Sonderziehungsrechten je Schadensereignis geleistet wird.

b) Diese Entschädigung wird geleistet

- i) bis zu einem Betrag von mindestens 5 Millionen Sonderziehungsrechten, der zu diesem Zweck von der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei festgesetzt wird, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, durch Mittel, die aus einer Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit stammen;
- ii) zwischen diesem Betrag und 175 Millionen Sonderziehungsrechten durch öffentliche Mittel, die von derjenigen Vertragspartei bereitzustellen sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist;
- iii) zwischen 175 und 300 Millionen Sonderziehungsrechten durch öffentliche Mittel, die von den Vertragsparteien nach dem in Artikel 12 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel bereitzustellen sind.

C. Article 3 shall be replaced by the following text:

Article 3

a) Under the conditions established by this Convention, the Contracting Parties undertake that compensation in respect of the damage referred to in Article 2 shall be provided up to the amount of 300 million Special Drawing Rights per incident.

b) Such compensation shall be provided:

- i) up to an amount of at least 5 million Special Drawing Rights, out of funds provided by insurance or other financial security, such amount to be established by the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;
- ii) between this amount and 175 million Special Drawing Rights, out of public funds to be made available by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;
- iii) between 175 million and 300 million Special Drawing Rights, out of public funds to be made available by the Contracting Parties according to the formula for contributions specified in Article 12.

C. L'article 3 est remplacé par le texte suivant:

Article 3

a) Dans les conditions fixées par la présente Convention, les Parties Contractantes s'engagent à ce que la réparation des dommages visés à l'article 2 soit effectuée à concurrence d'un montant de 300 millions de droits de tirage spéciaux par accident.

b) Cette réparation est effectuée:

- i) à concurrence d'un montant au moins égal à 5 millions de droits de tirage spéciaux, fixé à cet effet en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, au moyen de fonds provenant d'une assurance ou d'une autre garantie financière;
- ii) entre ce montant et 175 millions de droits de tirage spéciaux, au moyen de fonds publics à allouer par la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable;
- iii) entre 175 et 300 millions de droits de tirage spéciaux, au moyen de fonds publics à allouer par les Parties Contractantes selon la clé de répartition prévue à l'article 12.

c) Zu diesem Zweck muß jede Vertragspartei

i) entweder gemäß Artikel 7 des Pariser Übereinkommens den Höchstbetrag der Haftung des Inhabers einer Kernanlage auf 300 Millionen Sonderziehungsrechte festsetzen und bestimmen, daß diese Haftung aus den gesamten in Absatz b) genannten Mitteln gedeckt wird;

ii) oder den Höchstbetrag, bis zu dem der Inhaber einer Kernanlage haftet, auf einen Betrag festsetzen, der mindestens gleich dem in Absatz b) i) vorgesehenen Betrag ist, und bestimmen, daß über diesen Betrag hinaus bis zu einem Betrag von 300 Millionen Sonderziehungsrechten die in Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als dem der Deckung der Haftung des Inhabers bereitgestellt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die materiellen und Verfahrensvorschriften dieses Übereinkommens unberührt bleiben.

d) Die Erfüllung der Verpflichtung des Inhabers einer Kernanlage zum Ersatz des Schadens oder der Zinsen und Kosten aus Mitteln gemäß Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) kann gegen ihn jeweils nur insoweit durchgesetzt werden, wie diese Mittel tatsächlich bereitstehen.

e) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Übereinkommens von der in Artikel 15 b) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis zur Festsetzung besonderer Bedingungen

i) bei dem Schadenersatz, der aus den in Absatz b) i) genannten Mitteln geleistet wird,

ii) über die in diesem Übereinkommen festgesetzten Bedingungen hinaus auch bei dem Schadenersatz, der aus öffentlichen Mitteln gemäß Absatz b) ii) und iii) geleistet wird,

keinen Gebrauch zu machen.

f) Die in Artikel 7 g) des Pariser Übereinkommens genannten Zinsen und Kosten sind zusätzlich zu den in Absatz b) genannten Beträgen zu zahlen. Sie gehen zu Lasten

i) des haftenden Inhabers, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) i) bezeichneten Mitteln entfallen;

ii) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage dieses Inhabers gelegen ist, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) ii) bezeichneten Mitteln entfallen;

iii) aller Vertragsparteien, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) iii) bezeichneten Mitteln entfallen.

c) For this purpose, each Contracting Party shall either:

i) establish the maximum liability of the operator, pursuant to Article 7 of the Paris Convention, at 300 million Special Drawing Rights, and provide that such liability shall be covered by all the funds referred to in paragraph b) of this Article; or

ii) establish the maximum liability of the operator at an amount at least equal to that established pursuant to paragraph b) i) of this Article and provide that, in excess of such amount and up to 300 million Special Drawing Rights, the public funds referred to in paragraph b) ii) and iii) of this Article shall be made available by some means other than as cover for the liability of the operator, provided that the rules of substance and procedure laid down in this Convention are not thereby affected.

d) The obligation of the operator to pay compensation, interest or costs out of public funds made available pursuant to paragraphs b) ii) and iii), and f) of this Article shall only be enforceable against the operator as and when such funds are in fact made available.

e) The Contracting Parties, in carrying out this Convention, undertake not to make use of the right provided for in Article 15 b) of the Paris Convention to apply special conditions:

i) in respect of compensation for damage provided out of the funds referred to in paragraph b) i) of this Article;

ii) other than those laid down in this Convention in respect of compensation for damage provided out of the public funds referred to in paragraph b) ii) and iii) of this Article.

f) The interest and costs referred to in Article 7 g) of the Paris Convention are payable in addition to the amounts referred to in paragraph b) of this Article and shall be borne in so far as they are awarded in respect of compensation payable out of the funds referred to in:

i) paragraph b) i) of this Article, by the operator liable;

ii) paragraph b) ii) of this Article, by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of that operator is situated;

iii) paragraph b) iii) of this Article, by the Contracting Parties together.

c) A cet effet, chaque Partie Contractante doit:

i) soit fixer, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris, le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant à 300 millions de droits de tirage spéciaux et disposer que cette responsabilité est couverte par l'ensemble des fonds visés au paragraphe b) ci-dessus;

ii) soit fixer le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant à un niveau au moins égal à celui qui est fixé conformément au paragraphe b) i) ci-dessus et disposer qu'au delà de ce montant et jusqu'à 300 millions de droits de tirage spéciaux, les fonds publics visés au paragraphe b) ii) et iii) ci-dessus sont alloués à un titre différent de celui d'une couverture de la responsabilité de l'exploitant; toutefois, elle ne doit pas porter atteinte aux règles de fond et de procédure fixées par la présente Convention.

d) Les créances découlant de l'obligation pour l'exploitant de réparer des dommages ou de payer des intérêts et dépens au moyen des fonds alloués conformément aux paragraphes b) ii), iii) et f) du présent article ne sont exigibles à son égard qu'au fur et à mesure de l'allocation effective de ces fonds.

e) Les Parties Contractantes s'engagent à ne pas faire usage dans l'exécution de la présente Convention de la faculté prévue à l'article 15 b) de la Convention de Paris d'édicter des conditions particulières:

i) pour la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds visés au paragraphe b) i) ci-dessus;

ii) en dehors de celles de la présente Convention, pour la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds publics visés au paragraphe b) ii) et iii) ci-dessus.

f) Les intérêts et dépens visés à l'article 7 g) de la Convention de Paris sont payables au-delà des montants indiqués au paragraphe b) ci-dessus. Dans la mesure où ils sont alloués au titre d'une réparation payable sur les fonds visés:

i) au paragraphe b) i) ci-dessus, ils sont à la charge de l'exploitant responsable;

ii) au paragraphe b) ii) ci-dessus, ils sont à la charge de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant;

iii) au paragraphe b) iii) ci-dessus, ils sont à la charge de l'ensemble des Parties Contractantes.

g) „Sonderziehungsrecht“ im Sinne dieses Übereinkommens ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Die in dem Übereinkommen genannten Beträge werden in die Landeswährung einer Vertragspartei entsprechend dem Wert dieser Währung am Tag des Ereignisses umgerechnet, sofern nicht ein anderer Tag für ein bestimmtes Ereignis einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien festgesetzt worden ist. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung wird nach der an dem betreffenden Tag vom Internationalen Währungsfonds für seine eigenen Operationen und Transaktionen angewendeten Bewertungsmethode errechnet.

g) For the purposes of this Convention, "Special Drawing Right" means the Special Drawing Right as it is defined by the International Monetary Fund. The amounts mentioned in this Convention shall be converted into the national currency of a Contracting Party in accordance with the value of that currency at the date of the incident, unless another date is fixed for a given incident by agreement between the Contracting Parties. The equivalent in Special Drawings Rights of the national currency of a Contracting Party shall be calculated in accordance with the method of valuation applied at the date in question by the International Monetary Fund for its own operations and transactions.

g) Au sens de la présente Convention, «droit de tirage spécial» signifie le droit de tirage spécial tel qu'il est défini par le Fonds Monétaire International. Les montants mentionnés dans la présente Convention sont convertis dans la monnaie nationale d'une Partie Contractante suivant la valeur de cette monnaie à la date de l'accident à moins qu'une autre date ne soit fixée d'un commun accord pour un accident donné, par les Parties Contractantes. La valeur en droits de tirage spéciaux, de la monnaie nationale d'une Partie Contractante est calculée selon la méthode d'évaluation appliquée à la date en question par le Fonds Monétaire International pour ses propres opérations et transactions.

D. Artikel 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

D. Article 4 shall be replaced by the following text:

D. L'article 4 est remplacé par le texte suivant:

Artikel 4

Article 4

Article 4

a) Haften mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, so werden die Haftungshöchstbeträge nach Artikel 5 d) des Pariser Übereinkommens, soweit öffentliche Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitgestellt sind, nur bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Sonderziehungsrechten zusammengerechnet.

a) If a nuclear incident causes damage which gives rise to liability of more than one operator, the aggregate liability provided for in Article 5 d) of the Paris Convention shall not, to the extent that public funds have to be made available pursuant to Article 3 b) ii) and iii), exceed 300 million Special Drawing Rights.

a) Si un accident nucléaire entraîne un dommage qui implique la responsabilité de plusieurs exploitants, le cumul des responsabilités prévu à l'article 5 d) de la Convention de Paris ne joue, dans la mesure où des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) doivent être alloués, qu'à concurrence d'un montant de 300 millions de droits de tirage spéciaux.

b) Der Gesamtbetrag der gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitgestellten öffentlichen Mittel darf in diesem Fall den Unterschied zwischen 300 Millionen Sonderziehungsrechten und der Summe der Beträge nicht übersteigen, die für diese Inhaber gemäß Artikel 3 Absatz b) i) oder im Fall eines Inhabers, dessen Kernanlage im Hoheitsgebiet eines Nicht-Vertragsstaats dieses Übereinkommens gelegen ist, gemäß Artikel 7 des Pariser Übereinkommens festgesetzt sind. Sind mehrere Vertragsparteien zur Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz b) ii) verpflichtet, so werden diese Mittel von ihnen im Verhältnis zur Zahl der an dem nuklearen Ereignis beteiligten Kernanlagen, die jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gelegen sind und deren Inhaber haften, bereitgestellt.

b) The total amount of the public funds made available pursuant to Article 3 b) ii) and iii) shall not, in such event, exceed the difference between 300 million Special Drawing Rights and the sum of the amounts established with respect to such operators pursuant to Article 3 b) i) or, in the case of an operator whose nuclear installation is situated in the territory of a State which is not a Party to this Convention, the amount established pursuant to Article 7 of the Paris Convention. If more than one Contracting Party is required to make available public funds pursuant to Article 3 b) ii), such funds shall be made available by them in proportion to the number of nuclear installations situated in their respective territories, which are involved in the nuclear incident and of which the operators are liable.

b) Le montant global des fonds publics alloués en vertu de l'article 3 b) ii) et iii) ne peut dépasser, dans ce cas, la différence entre 300 millions de droits de tirage spéciaux et le total des montants déterminés pour ces exploitants, conformément à l'article 3 b) i) ou, dans le cas d'un exploitant dont l'installation nucléaire est située sur le territoire d'un Etat non Contractant à la présente Convention, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris. Si plusieurs Parties Contractantes sont tenues d'allouer des fonds publics, conformément à l'article 3 b) ii), la charge de cette allocation est répartie entre elles au prorata du nombre des installations nucléaires situées sur le territoire de chacune d'elles qui sont impliquées dans l'accident nucléaire et dont les exploitants sont responsables.

E. Artikel 8 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

E. Article 8 shall be replaced by the following text:

E. L'article 8 est remplacé par le texte suivant:

Artikel 8

Article 8

Article 8

Alle Personen, auf welche die Bestimmungen dieses Übereinkommens Anwendung finden, haben Anspruch auf vollständigen Ersatz der eingetretenen Schäden nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Jedoch kann jede Vertragspartei für den Fall, daß der Schadensbetrag

Any person who is entitled to benefit from the provisions of this Convention shall have the right to full compensation in accordance with national law for damage suffered, provided that, where the amount of damage exceeds or is likely to exceed:

Toute personne bénéficiant des dispositions de la présente Convention a droit à la réparation intégrale du dommage subi, conformément aux dispositions prévues par le droit national. Toutefois, chaque Partie Contractante peut fixer des critères de répartition équitables pour le cas où le montant des dommages dépasse ou risque de dépasser:

i) 300 Millionen Sonderziehungsrechte oder

i) 300 million Special Drawing Rights; or

i) 300 millions de droits de tirages spéciaux, ou

ii) den höheren Betrag, der sich daraus ergibt, daß mehrere Haftungshöchstbeträge gemäß Artikel 5 d) des Pariser Übereinkommens zusammengerechnet werden,

übersteigt oder zu übersteigen droht, angemessene Merkmale für die Verteilung festsetzen; dabei darf kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Mittel und, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 2, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthalts des Geschädigten gemacht werden.

F. Artikel 10 Absatz a wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

a) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, hat die anderen Vertragsparteien von dem Eintreten und den Umständen eines nuklearen Ereignisses zu unterrichten, sobald sich herausstellt, daß die dadurch verursachten Schäden den Betrag von 175 Millionen Sonderziehungsrechten übersteigen oder zu übersteigen drohen. Die Vertragsparteien erlassen unverzüglich alle erforderlichen Vorschriften zur Regelung ihrer Rechtsbeziehungen in dieser Hinsicht.

G. Artikel 14 Absatz b wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

b) Die von einer Vertragspartei gemäß den Artikeln 2 und 9 des Pariser Übereinkommens erlassenen Vorschriften können jedoch einer anderen Vertragspartei hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel nur entgegengehalten werden, wenn diese ihnen zugestimmt hat.

H. Der Anhang wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Anhang
zum Zusatzübereinkommen
vom 31. Januar 1963
zum Pariser Übereinkommen
vom 29. Juli 1960
über die Haftung gegenüber Dritten
auf dem Gebiet der Kernenergie
in der Fassung des Zusatzprotokolls
vom 28. Januar 1964
und des Protokolls
vom 16. November 1982

Die Regierungen der Vertragsparteien erklären, daß der Ersatz von Schäden, die durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind, das allein deshalb nicht unter das Zusatzübereinkommen fällt, weil die betreffende Kernanlage wegen ihrer Verwendungsart nicht in die Liste gemäß Artikel 2 des Zusatzübereinkommens aufgenommen ist (einschließlich des Falles, daß diese nicht in die Liste

ii) if there is aggregate liability under Article 5 d) of the Paris Convention and a higher sum results therefrom, such higher sum,

any Contracting Party may establish equitable criteria for apportionment. Such criteria shall be applied whatever the origin of the funds and, subject to the provisions of Article 2, without discrimination based on the nationality, domicile or residence of the person suffering the damage.

F. Paragraph (a) of Article 10 shall be replaced by the following text:

a) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be required to inform the other Contracting Parties of a nuclear incident and its circumstances as soon as it appears that the damage caused by such incident exceeds, or is likely to exceed, 175 million Special Drawing Rights. The Contracting Parties shall without delay make all the necessary arrangements to settle the procedure for their relations in this connection.

G. Paragraph (b) of Article 14 shall be replaced by the following text:

b) Any such provisions made by a Contracting Party pursuant to Articles 2 and 9 of the Paris Convention as a result of which the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) are required to be made available may not be invoked against any other Contracting Party unless it has consented thereto.

H. The Annex shall be replaced by the following text:

Annex
to the Convention
of 31st January 1963
Supplementary
to the Paris Convention
of 29th July 1960
on Third Party Liability
in the Field of Nuclear Energy,
as amended
by the Additional Protocol
of 28th January 1964
and by the Protocol
of 16 November 1982

The Governments of the Contracting Parties declare that compensation for damage caused by a nuclear incident not covered by the Supplementary Convention solely by reason of the fact that the relevant nuclear installation, on account of its utilization, is not on the list referred to in Article 2 of the Supplementary Convention (including the case where such installation is considered by one or more

ii) la somme plus élevée qui résulterait d'un cumul de responsabilités en vertu de l'article 5 d) de la Convention de Paris,

sans qu'il en résulte, quelle que soit l'origine des fonds, et sous réserve des dispositions de l'article 2, de discrimination en fonction de la nationalité, du domicile ou de la résidence de la personne ayant subi le dommage.

F. Le paragraphe a) de l'article 10 est remplacé par le texte suivant:

a) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents est tenue d'informer les autres Parties Contractantes de la survenance et des circonstances d'un accident nucléaire dès qu'il apparaît que les dommages causés par cet accident dépassent ou risquent de dépasser le montant de 175 millions de droits de tirage spéciaux. Les Parties Contractantes prennent sans délai toutes dispositions nécessaires pour régler les modalités de leurs rapports à ce sujet.

G. Le paragraphe b) de l'article 14 est remplacé par le texte suivant:

b) Toutefois les dispositions prises par une Partie Contractante conformément aux articles 2 et 9 de la Convention de Paris ne sont opposables à une autre Partie Contractante pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) que si elles ont reçu son consentement.

H. L'annexe est remplacée par le texte suivant:

Annexe
à la Convention
du 31 janvier 1963
complémentaire
à la Convention de Paris
du 29 juillet 1960
sur la responsabilité civile dans le
domaine de l'énergie nucléaire,
amendée par le Protocole Additionnel
du 28 janvier 1964
et par le Protocole
du 16 novembre 1982

Les Gouvernements des Parties Contractantes déclarent que la réparation des dommages causés par un accident nucléaire qui n'est pas couvert par la Convention complémentaire du seul fait que l'installation nucléaire concernée, en raison de son utilisation, n'est pas incluse dans la liste visée à l'article 2 de la Convention complémentaire (y compris le cas où cette installation, non incluse dans

aufgenommene Anlage von einer oder mehreren, aber nicht allen Regierungen als nicht unter das Pariser Übereinkommen fallend angesehen wird),

- ohne jede unterschiedliche Behandlung den Staatsangehörigen der Vertragsparteien des Übereinkommens gewährt wird;
- nicht auf einen Betrag unter 300 Millionen Sonderziehungsrechten begrenzt wird.

Ferner werden die Regierungen sich bemühen, soweit dies nicht bereits geschehen ist, die Schadenersatzvorschriften für durch solche Ereignisse Geschädigte denjenigen Vorschriften möglichst weitgehend anzugleichen, die für nukleare Ereignisse in Verbindung mit Kernanlagen gelten, die unter dieses Übereinkommen fallen.

II

a) Die Bestimmungen dieses Protokolls sind im Verhältnis seiner Vertragsparteien untereinander Bestandteile des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (im folgenden „Übereinkommen“ genannt); das Übereinkommen wird als „Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982“ bezeichnet.

b) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation oder der Bestätigung. Die Ratifikationsurkunden zu diesem Protokoll werden bei der belgischen Regierung hinterlegt. Eine etwaige Bestätigung dieses Protokolls wird ihr notifiziert.

c) Die Unterzeichner dieses Protokolls, die das Übereinkommen bereits ratifiziert haben, verpflichten sich, das Protokoll so bald wie möglich zu ratifizieren oder zu bestätigen. Die anderen Unterzeichner dieses Protokolls verpflichten sich, es gleichzeitig mit der Ratifikation des Übereinkommens zu ratifizieren oder zu bestätigen.

d) Dieses Protokoll steht nach Artikel 22 des Übereinkommens zum Beitritt offen. Ein Beitritt zum Übereinkommen ist nur zulässig, wenn er mit dem Beitritt zu diesem Protokoll verbunden ist.

e) Dieses Protokoll tritt nach Artikel 21 des Übereinkommens in Kraft.

f) Die belgische Regierung zeigt allen Unterzeichnern und allen beitretenden Regierungen den Eingang jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde und jeder Bestätigung an.

but not all of the Governments to be outside the Paris Convention):

- shall be provided without discrimination among the nationals of the Contracting Parties to the Supplementary Convention; and
- shall not be limited to less than 300 million Special Drawing Rights.

In addition, if they have not already done so, they shall endeavour to make the rules for compensation of persons suffering damage caused by such incidents as similar as possible to those established in respect of nuclear incidents occurring in connection with nuclear installations covered by the Supplementary Convention.

II

(a) The provisions of this Protocol shall, as between the Parties thereto, form an integral part of the Convention of 31st January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29th July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964 (hereinafter referred to as the "Convention"), which shall be known as the "Convention of 31st January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29th July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28th January 1964 and by the Protocol of 16th November 1982".

(b) This Protocol shall be ratified or confirmed. Instruments of ratification of this Protocol shall be deposited with the Belgian Government. Where there is a confirmation of this Protocol it shall be notified to the Belgian Government.

(c) The Signatories of this Protocol who have already ratified the Convention undertake to ratify or to confirm this Protocol as soon as possible. The other Signatories of this Protocol undertake to ratify it or to confirm it at the same time as they ratify the Convention.

(d) This Protocol shall be open for accession in accordance with the provisions of Article 22 of the Convention. Accessions to the Convention will be accepted only if they are accompanied by accession to this Protocol.

(e) This Protocol shall come into force in accordance with the provisions of Article 21 of the Convention.

(f) The Belgian Government shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification or accession and of the receipt of any confirmation.

la liste, est considérée par un ou plusieurs, mais non par tous les Gouvernements comme non couverte par la Convention de Paris):

- est effectuée sans aucune discrimination entre les ressortissants des Parties Contractantes à la Convention complémentaire;
- n'est pas limitée par un plafond qui serait inférieur à 300 millions de droits de tirage spéciaux.

En outre, ces Gouvernements s'efforceront, si elles ne le sont déjà, de rendre les règles de dédommagement des victimes de tels accidents aussi voisines que possible de celles prévues pour les accidents nucléaires survenus en relation avec les installations nucléaires couvertes par la Convention complémentaire.

II

(a) Entre les Parties au présent Protocole, les dispositions dudit Protocole font partie intégrante de la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 (appelée ci-après la «Convention»), qui sera dénommée «Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982».

(b) Le présent Protocole sera ratifié ou confirmé. Les instruments de ratification du présent Protocole seront déposés auprès du Gouvernement Belge; le cas échéant, la confirmation du présent Protocole lui sera notifiée.

(c) Les Signataires du présent Protocole qui ont déjà ratifié la Convention s'engagent à ratifier ou à confirmer aussitôt que possible le présent Protocole. Les autres Signataires du présent Protocole s'engagent à le ratifier ou à le confirmer en même temps qu'ils ratifieront la Convention.

(d) Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion conformément aux dispositions de l'article 22 de la Convention. Aucune adhésion à la Convention ne sera reçue si elle n'est accompagnée d'une adhésion au présent Protocole.

(e) Le présent Protocole entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article 21 de la Convention.

(f) Le Gouvernement Belge donnera communication à tous les Signataires ainsi qu'aux Gouvernements adhérents de la réception des instruments de ratification et d'adhésion ainsi que de la notification des confirmations.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 16. November 1982 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die beim Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinterlegt wird; dieser übermittelt allen Unterzeichnern und allen beitretenden Regierungen beglaubigte Abschriften.

In witness whereof, the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Protocol.

Done at Paris, this 16th day of November 1982 in the English, Dutch, French, German, Italian and Spanish languages, the six texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited with the Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development by whom certified copies will be communicated to all Signatories and acceding Governments.

En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

Fait à Paris, le 16 novembre 1982 en français, en allemand, en anglais, en espagnol, en italien et en néerlandais, les six textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé auprès du Secrétaire Général de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les Signataires et aux Gouvernements adhérents.

Denkschrift zum Protokoll zum Pariser Übereinkommen

Das „Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964“, das sog. Protokoll zum Pariser Übereinkommen, wurde am 16. November 1982 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt und am gleichen Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Das Protokoll wird in Kraft treten, nachdem die in Abschnitt II Abs. (e) in Verbindung mit Artikel 20 des Pariser Übereinkommens festgelegten Voraussetzungen erfüllt sein werden. Zur Zeit haben folgende Staaten das Protokoll durch Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden, durch Notifizierung der Bestätigung oder Beitrittserklärung angenommen: ...

A. Allgemeines zum Inhalt des Protokolls

Das Protokoll besteht aus einer Präambel sowie aus den Abschnitten I und II; Abschnitt I enthält zwölf mit Großbuchstaben bezeichnete Änderungsartikel des Pariser Übereinkommens, in Abschnitt II sind die üblichen Schlußklauseln internationaler Übereinkommen aufgenommen. Das Protokoll ist das Ergebnis mehrjähriger Beratungen im Rahmen der Gruppe von Regierungsexperten für die Nuklearhaftung der Kernenergie-Agentur der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die wesentlichste Änderung, die das Protokoll für das Pariser Übereinkommen vorsieht, ist die Ersetzung der Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens durch Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds in der Bestimmung des Übereinkommens über die Haftungshöchstsummen. Darüber hinaus wurden verschiedene Empfehlungen, die der Direktionsausschuß der NEA zum Zwecke der Harmonisierung der Anwendung des Pariser Übereinkommens bereits früher abgegeben hatte und die Eingang in einige innerstaatliche Gesetzgebungen gefunden hatten, nunmehr in das Protokoll aufgenommen. Das Protokoll will durch diese und weitere Änderungen des Pariser Übereinkommens dessen Anwendbarkeit erleichtern, Zweifelsfragen der Auslegung durch Klarstellung beseitigen und so zu einer Verbesserung des haftungsrechtlichen Schutzes potentieller Geschädigter beitragen. Die Vertragsstaaten halten es demgemäß, wie es in der Präambel zum Protokoll ausgedrückt wird, für wünschenswert, das Pariser Übereinkommen zu ändern.

Anlaßlich dieser Änderung des Pariser Übereinkommens wurde zugleich seine amtliche Auslegung (Exposé des Motifs) überarbeitet. Sie enthält nunmehr auch den klarstellenden Hinweis, daß die Vertragsstaaten in keiner Weise gehindert sind, über das Haftungssystem des Pariser Übereinkommens und des dieses ergänzenden Brüsseler Zusatzübereinkommens hinausgehend ihre innerstaatliche Entschädigungshöchstgrenze hinaufzusetzen.

B. Zu den einzelnen Abschnitten des Protokolls

Zu Abschnitt I Buchstabe A

Das Pariser Übereinkommen wurde ursprünglich im Rahmen der Europäischen Kernenergie-Agentur der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgearbeitet. Ohne inhaltliche Veränderung stellt Buchstabe A den Wortlaut des Absatzes 2 der Präambel auf die Nachfolgeorganisation, die Kernenergie-Agentur der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, um.

Zu Abschnitt I Buchstabe B

Durch die Neufassung des letzten Absatzes der Präambel wird die bisherige zweite Satzhälfte dieses Absatzes gestrichen. Der in dem gestrichenen Halbsatz enthaltene Möglichkeit, auf nationaler Ebene das Pariser Übereinkommen auch auf Schäden durch sonstige ionisierende Strahlung anzuwenden, bedarf es nicht mehr. Derartige Schäden werden nunmehr vom geänderten Pariser Übereinkommen ausdrücklich erfaßt (Abschnitt I Buchstabe C des Protokolls).

Zu Abschnitt I Buchstabe C

Die Bestimmung ändert die Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Abs. (a) des Pariser Übereinkommens in folgenden Punkten:

- In Buchstabe (i) wird der Begriff „nukleares Ereignis“ erweitert um Schaden verursachende Geschehnisse, die von ionisierenden Strahlungen aus einer anderen innerhalb der Kernanlage befindlichen Strahlenquelle ausgehen oder sich daraus ergeben.
- In Buchstabe (ii), letzter Halbsatz, wird nunmehr ausdrücklich klargestellt, daß die innerstaatliche Gesetzgebung die Möglichkeit hat, zu bestimmen, daß mehrere Kernanlagen eines einzigen Inhabers auf demselben Gelände zusammen mit anderen Anlagen auf diesem Gelände, in denen sich radioaktive Materialien befinden, als eine einzige Kernanlage behandelt werden.
- In Buchstabe (iv) Nr. 2 wird der Begriff „Radioisotope außerhalb einer Kernanlage“ neu bestimmt. Damit sollen Abgrenzungsschwierigkeiten, die sich aus der bisherigen Fassung ergaben, beseitigt werden.

Zu Abschnitt I Buchstabe D

Buchstabe D sieht eine zweifache Änderung des Artikels 3 Abs. (a) (ii) vor.

Einerseits werden die Haftungsausschlüsse erweitert. Nach der Neufassung der Bestimmung haftet der Inhaber nicht nur nicht für Schäden an der Anlage selbst, sondern auch nicht für Schäden an anderen Kernanla-

gen auf demselben Gelände, mit Einschluß von Kernanlagen während der Errichtung. Auf diese Weise wird sichergestellt, daß die finanzielle Sicherheit des Inhabers für Drittschäden voll zur Verfügung steht.

Andererseits werden bisher geltende Haftungsauschlüsse aufgehoben. Der Inhaber haftet im Unterschied zur bisher geltenden Fassung nun auch für Schäden am Beförderungsmittel, auf dem sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befunden haben.

Zu Abschnitt I Buchstabe E

Die Streichung des Artikels 3 Abs. (c) des Pariser Übereinkommens ist eine Folge der Einbeziehung von Schäden durch sonstige Strahlenquellen in den Begriff „nukleares Ereignis“ und damit in die Haftung des Inhabers der Kernanlage [vgl. Artikel 1 Abs. (a) (i) Pariser Übereinkommen].

Zu Abschnitt I Buchstabe F

Gemäß der Praxis der meisten Vertragsstaaten des Pariser Übereinkommens werden Bescheinigungen über die finanzielle Sicherheit nur von jenen Beförderern verlangt, die grenzüberschreitende Beförderungen durchführen. Die Änderung des Artikels 4 Abs. (c) des Pariser Übereinkommens nimmt diese Praxis auf und gestattet den Vertragsparteien, vom Erfordernis der Bescheinigung bei inländischen Transporten abzusehen.

Zu Abschnitt I Buchstabe G

Durch das Zusatzprotokoll von 1964 zum Pariser Übereinkommen wurde Artikel 4 Abs. (a) insoweit geändert, als ein Haftungsübergang bei der Beförderung durch schriftlichen Vertrag zugelassen wurde. Eine entsprechende Änderung des Artikels 5 Abs. (c) unterblieb jedoch. In Übereinstimmung mit einer Empfehlung des Direktionsausschusses der Kernenergie-Agentur vom 1967 sieht die Neufassung des Artikels durch das Protokoll einen Haftungsübergang auch durch schriftlichen Vertrag vor.

Zu Abschnitt I Buchstabe H

Die Änderung des Artikels 6 Abs. (c) (ii) ergibt sich daraus, daß nunmehr auch Schäden am Beförderungsmittel in die Haftung des Inhabers eingeschlossen worden sind (vgl. Abschnitt I Buchstabe D).

Zu Abschnitt I Buchstabe I

Buchstabe I stellt Artikel 7 Abs. (b) des Pariser Übereinkommens bezüglich der Haftungssummen von der bisher verwendeten Rechnungseinheit des Europäischen Währungsabkommens (BGBl. 1959 II S. 294), die in einer bestimmten Goldmenge ausgedrückt war, auf eine neue Rechnungseinheit, das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds um.

Damit wird eine Konsequenz aus Änderungen gezogen, die sich im internationalen Währungssystem ergeben haben. Das bei Unterzeichnung des Pariser Übereinkommens bestehende System fester Währungsparitäten zum Gold ist 1978 mit Inkrafttreten der zweiten Änderung des Übereinkommens über den IWF auch von

Rechts wegen aufgehoben worden, nachdem es einige Jahre zuvor durch den verbreiteten Übergang zu flexiblen Wechselkursen bereits faktisch außer Kraft getreten war. Die Ersetzung in Gold ausgedrückter Rechnungseinheiten durch das Sonderziehungsrecht ist Praxis auch in anderen Übereinkommen.

Das Sonderziehungsrecht ist eine vom Internationalen Währungsfonds verwendete Recheneinheit. Es ist als Währungskorb konstruiert. Seine Zusammensetzung wurde in den vergangenen Jahren mehrfach geändert und fortentwickelt. Nach der geltenden Regelung sind in einem Sonderziehungsrecht die fünf Schlüsselwährungen US-Dollar, D-Mark, Französischer Franc, Japanischer Yen und Pfund Sterling mit folgenden Beträgen enthalten: US-Dollar 0,5400, D-Mark 0,4800, Französischer Franc 0,7400, Japanischer Yen 34,0000, Pfund Sterling 0,0710. Den Wert des Sonderziehungsrechts in Dollar und anderen Währungen ermittelt der Internationale Währungsfonds aufgrund repräsentativer Wechselkurse für die einzelnen im Korb enthaltenen Währungen. Der Wert des Sonderziehungsrechts schwankt somit täglich. Da der Wert des Sonderziehungsrechts ein gewogenes Mittel der Wechselkurse der fünf Korbwährungen ist, ist er jedoch grundsätzlich stabiler als jede Einzelwährung.

Zu Abschnitt I Buchstabe J

Die Änderung stellt sicher, daß die durch das Protokoll eingeführte Einbeziehung der Beförderungsmittel in die Haftung des Inhabers (Abschnitt I Buchstabe D) nicht zur Erschöpfung der Haftungssumme führt, so daß andere Geschädigte leer ausgehen. Artikel 7 Abs. (c) des Pariser Übereinkommens schreibt daher nunmehr vor, daß die Entschädigung für Schäden an den Beförderungsmitteln, auf denen sich die betreffenden Kernmaterialien zur Zeit des nuklearen Ereignisses befanden, nicht bewirken darf, daß sich die Haftung des Inhabers für andere Schäden auf einen Betrag vermindert, der unter 5 Millionen SZR oder unter einem durch die innerstaatliche Gesetzgebung einer Vertragspartei festgesetzten höheren Betrag liegt.

Zu Abschnitt I Buchstabe K

Die Änderung des Artikels 8 Abs. (d) des Pariser Übereinkommens dient der Klarstellung. Absatz (d) sieht vor, daß in bestimmten Fällen der Entschädigungsanspruch auch nach Fristablauf nicht erlischt. In seiner bisherigen Fassung war nicht klar, ob diese Ausnahme auf alle unterschiedlichen Fristen der Absätze (a) bis (c) anzuwenden sei, da ausdrücklich nur Absatz (a) erwähnt war. Nunmehr schafft die Änderung Klarheit, indem die Absätze (a), (b) und (c) ausdrücklich in Absatz (d) genannt werden.

Zu Abschnitt I Buchstabe L

Artikel 15 Abs. (b) des Pariser Übereinkommens wird ebenso wie Artikel 7 Abs. (b) (Abschnitt I Buchstabe I) auf Sonderziehungsrechte umgestellt.

Zu Abschnitt II

Der Abschnitt enthält die üblichen Schlußformeln internationaler Übereinkommen.

Absatz (a) legt fest, daß die Bestimmungen des Protokolls im Verhältnis seiner Vertragsparteien untereinander Bestandteil des Pariser Übereinkommens sind. Die weiteren Absätze (b) bis (f) enthalten Bestimmungen über die Ratifizierung und Bestätigung, über die Hinter-

legung und Notifizierung, über die Verpflichtung der Unterzeichner zur baldigen Ratifizierung oder Bestätigung, über den Beitritt, über das Inkrafttreten sowie über die Notifizierung von Ratifikationen, Beitritten und Bestätigungen.

Denkschrift zum Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen

Das „Protokoll zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964“, das sog. Protokoll zum Brüsseler Zusatzübereinkommen, wurde am 16. November 1982 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt und am gleichen Tag von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Das Protokoll wird in Kraft treten, nachdem die in Abschnitt II Abs. (e) in Verbindung mit Artikel 21 des Brüsseler Zusatzübereinkommens festgelegten Voraussetzungen erfüllt sein werden. Zur Zeit haben folgende Staaten das Protokoll durch Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden, durch Notifizierung der Bestätigung oder durch Beitrittserklärung angenommen: ...

A. Allgemeines zum Inhalt des Protokolls

Das Protokoll besteht aus einer Präambel sowie aus den Abschnitten I und II; Abschnitt I enthält acht mit Großbuchstaben bezeichnete Änderungsartikel des Brüsseler Zusatzübereinkommens einschließlich seines Anhangs, in Abschnitt II sind die üblichen Schlußklauseln internationaler Übereinkommen aufgenommen. Das Protokoll ist das Ergebnis mehrjähriger Beratungen im Rahmen der Gruppe von Regierungsexperten für die Nuklearhaftung der Kernenergie-Agentur der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die wesentlichste Änderung, die das Protokoll für das Brüsseler Zusatzübereinkommen vorsieht, ist die Erhöhung der Entschädigungsbeträge und die Ersetzung der Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens durch Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds. Die Höchstsumme staatlicher Ersatzleistung durch den Staat, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, wurde von bisher 70 Millionen Rechnungseinheiten auf 175 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht; der Entschädigungsbetrag, der von den Vertragsstaaten gemeinsam aufzubringen ist, wurde von bisher 120 Millionen Rechnungseinheiten auf 300 Millionen Sonderziehungsrechte angehoben. Der Betrag, den der haftende Inhaber aus seiner finanziellen Sicherheit zu leisten hat, blieb zahlenmäßig unverändert, wurde jedoch auf Sonderziehungsrechte umgestellt. In Übereinstimmung mit dem durch das Protokoll vom 16. November 1982 geänderte Pariser Übereinkommen muß daher der Inhaber der Kernanlage bis zum Betrag von mindestens 5 Millionen Sonderziehungsrechten Entschädigung leisten.

Weitere kleinere Änderungen des Brüsseler Zusatzübereinkommens sind Folgen der Anhebung der Ent-

schädigungsbeträge oder dienen der Klarstellung. Die Vertragsstaaten erwägen in Absatz 1 der Präambel, daß einige Bestimmungen des Pariser Übereinkommens durch das Protokoll vom 16. November 1982 geändert wurden, und halten es in Absatz 2 der Präambel für wünschenswert, demgemäß auch das Zusatzübereinkommen zu ändern.

B. Zu den einzelnen Abschnitten des Protokolls

Zu Abschnitt I Buchstabe A

Der Artikel fügt das am 16. November 1982 in Paris geschlossene Protokoll zum Pariser Übereinkommen in den Wortlaut des Absatzes 2 der Präambel zum Zusatzübereinkommen ein.

Zu Abschnitt I Buchstabe B

Die bisherige Fassung des Artikels 2 Abs. (b) des Brüsseler Zusatzübereinkommens schien sich auf alle drei Nummern des Absatzes (a) (ii) zu beziehen. Die Änderung stellt nunmehr klar, daß sich die Erklärung gemäß Absatz (b) lediglich auf Absatz (a) (ii) 3 erstreckt.

Zu Abschnitt I Buchstabe C

Der Artikel enthält das Kernstück der Vertragsrevision: Er erhöht den Höchstbetrag des Ersatzes durch öffentliche Mittel des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, von 70 Millionen Rechnungseinheiten des Europäischen Währungsabkommens (BGBl. 1959 II S. 294) auf 175 Millionen Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (BGBl. 1978 II S. 13), und erhöht den Betrag des gemeinsam von allen Vertragsstaaten aufzubringenden Ersatzes von 120 Millionen RE auf 300 Millionen Sonderziehungsrechte [Artikel 3 Abs. (a) bis (g) Brüsseler Zusatzübereinkommen].

Die wertmäßige Erhöhung der Ersatzleistungen aus öffentlichen Mitteln dient in erster Linie dem Ausgleich des Kaufkraftschwundes, den die Währungen der Vertragsparteien durch die Inflation in den Jahren seit Unterzeichnung des Übereinkommens erfahren haben. Mit der Anhebung soll sichergestellt werden, daß die Geschädigten mit Ersatzleistungen rechnen können, die wertmäßig nicht hinter dem zurückbleiben, was die Vertragsparteien ursprünglich für angemessen hielten.

Ebenso wie beim Pariser Übereinkommen wird auch beim Brüsseler Zusatzübereinkommen die bisher bezüglich der Haftungssummen verwendete Rechnungseinheit des Europäischen Währungsabkommens (BGBl. 1959 II S. 294), die in einer bestimmten Gold-

menge ausgedrückt war, auf das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds als neuer Rechnungseinheit umgestellt.

Damit wird die Konsequenz daraus gezogen, daß das bei Unterzeichnung des Brüsseler Zusatzübereinkommens bestehende System fester Währungsparitäten zum Gold seit 1978 mit Inkrafttreten der zweiten Änderung des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds auch von Rechts wegen nicht mehr besteht, nachdem es einige Jahre zuvor durch den verbreiteten Übergang zu flexiblen Wechselkursen bereits faktisch außer Kraft getreten war. Die Ersetzung durch das Sonderziehungsrecht ist Praxis auch in anderen Übereinkommen.

Das vom Internationalen Währungsfonds als Rechnungseinheit verwendete Sonderziehungsrecht ist als Währungskorb konstruiert, in dem die fünf Schlüsselwährungen US-Dollar, D-Mark, Französischer Franc, Japanischer Yen und Pfund Sterling mit folgenden Beträgen enthalten sind: US-Dollar 0,5400, D-Mark 0,4800, Französischer Franc 0,7400, Japanischer Yen 34,0000, Pfund Sterling 0,0710. Der vom Internationalen Währungsfonds aufgrund repräsentativer Wechselkurse für die einzelnen im Korb enthaltenen Währungen ermittelte Wert des Sonderziehungsrechts schwankt täglich. Jedoch ist der Wert des Sonderziehungsrechts als gewogenes Mittel der Wechselkurse der fünf Korbwährungen grundsätzlich stabiler als jede Einzelwährung.

Gemäß Absatz (g) des Artikels 3 des Brüsseler Zusatzübereinkommens werden die Ersatzbeträge in die Landeswährung einer Vertragspartei entsprechend dem Wert dieser Währung am Tag des Ereignisses um-

gerechnet. Das Übereinkommen eröffnet aber auch die Möglichkeit, einvernehmlich zwischen den Vertragspartei einen anderen Tag für ein bestimmtes Ereignis festzusetzen.

Zu Abschnitt I Buchstaben D, E, F und H

Die Änderungen dieser Artikel folgen aus der Anhebung der Ersatzbeträge und aus der Umstellung auf Sonderziehungsrechte.

Zu Abschnitt I Buchstabe G

Die Änderung des Artikels 14 Abs. (b) des Brüsseler Zusatzübereinkommens ist eine Folge der durch das Protokoll zum Pariser Übereinkommen geschaffenen Einbeziehung von Schäden am Beförderungsmittel in die Haftung des Inhabers der Kernanlage. Der Bezug auf Artikel 7 Abs. (c) des Pariser Übereinkommens war demgemäß zu streichen.

Zu Abschnitt II

Der Abschnitt enthält die üblichen Schlußformeln internationaler Verträge.

Absatz a) legt fest, daß die Bestimmungen des Protokolls im Verhältnis zu den Vertragsparteien untereinander Bestandteil des Brüsseler Zusatzübereinkommens sind. Die Absätze b) bis f) enthalten Bestimmungen über die Ratifizierung und Bestätigung, über die Hinterlegung und Notifizierung, über die Verpflichtung der Unterzeichner zu baldiger Ratifizierung oder Bestätigung, über den Beitritt, über das Inkrafttreten sowie über die Notifizierung von Ratifikationen, Beitritten und Bestätigungen.

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 16. November 1982 zur Änderung des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und zur Änderung des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 (Gesetz zu den Pariser Atomhaftungs-Protokollen)

Der Bundesrat hat in seiner 542. Sitzung am 26. Oktober 1984 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.